

Kurzarbeit und weniger Umsatz

Corona Die Krise trifft auch die Lebenshilfe Memmingen/Unterallgäu

Memmingen/Unterallgäu Über die Auswirkungen der Pandemie auf die Einrichtungen der Lebenshilfe Memmingen/Unterallgäu sprach der Allgäuer Bundestagsabgeordnete Stephan Stracke (CSU) mit Geschäftsführerin Katharina Sinz, dem Geschäftsführer der Unterallgäuer Werkstätten, Wolfgang Beuchel, Gesamtbetriebsleiter Richard Hack, der pädagogischen Leiterin der Werkstätten, Katja Schweinberger, und der Vorsitzenden der Lebenshilfe, Jutta Maier, sowie ihrer Stellvertreterin Susi Herz.

Sehr zufrieden sei man mit dem Krisenmanagement durch Bund und Land, betonte Beuchel. Oberste Prämisse war zu Beginn des Lockdowns, die Menschen mit Behinderungen, die zu den Risikogruppen zählen, umgehend zu ihrem eigenen und zum Schutz anderer aus den Werkstätten zu nehmen, berichtete Hack. Sie wurden nach Hause oder in die zur Lebenshilfe gehörenden Wohneinrichtungen geschickt.

Nach dem Vorbild der Kliniken und Altenheime hatte man die Wohngruppen regelrecht „abgeriegelt“, erläuterte Sinz. Für die Mitarbeiter sei dies zweifelsohne eine herausfordernde Zeit gewesen. Sie mussten nicht nur andere Aufgabenbereiche übernehmen, sondern trugen auch das Infektionsrisiko.

„Für die Bewohner der Wohngruppen selbst war dies trotz der Tatsache, dass sie von der Außenwelt weitgehend abgeschottet waren, eine schöne Zeit, denn sie erhielten sehr viel Aufmerksamkeit“, so Sinz. Als sichtbares Dankeschön

für ihren außerordentlichen Einsatz erhielten die Mitarbeiter, die sich dem besonderen Risiko in den Wohnheimen ausgesetzt haben, eine Belastungszulage von 15 Prozent für jede eingesetzte Stunde in den Monaten Mai, Juni und Juli.

Vom Virus betroffen sei bei den Menschen mit Behinderung bis heute keiner, bei den Mitarbeitern habe es im Bereich der Schule zwei Infizierungen gegeben, so Sinz und Beuchel. Die Aufträge in den Werkstätten konnten dennoch weiter abgewickelt werden. Hier sprangen Mitarbeiter aus anderen Bereichen ein, wie beispielsweise Therapeuten und Pädagogen aus der pandemiebedingt geschlossenen Frühförderung.

Folgeaufträge fehlen

Wie Beuchel berichtete, habe man seit März in den Werkstätten einen Umsatzrückgang von rund zehn Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Nun sei aber spürbar, dass in manchen Bereichen die Folgeaufträge für die Werkstätten nicht kämen, sodass sich der Blick in die Zukunft etwas unsicherer darstelle. Vom 1. Mai bis zum Ende der Pfingstferien habe man im Bereich des Lebenshilfe-Vereins Kurzarbeit angemeldet. Auch damit war viel Druck herausgenommen worden.

Herausfordernd war die Situation auch für die Eltern, wie Herz und Maier erklärten. Sie hatten einen erhöhten Betreuungsaufwand zu Hause. Um dort die Situation abzufedern, waren sehr rasch Notgruppen eingerichtet worden. Auch Eltern, die in systemrelevanten Berufen ar-

beiten, profitierten davon. Insgesamt habe man wöchentlich mindestens eine Krisensitzung abgehalten, so Beuchel. Über die Ergebnisse habe man stets zeitnah die Eltern informiert.

Wichtig sei nun, bald wieder möglichst viele Menschen in die Werkstätten und damit in einen geordneten Tagesablauf zu bringen, erläuterte Hack. Für Menschen mit Behinderung sei die Beschäftigung in den Werkstätten mehr als nur ein Arbeitsplatz, „für viele ist sie das zweite Zuhause“. Dass sie mit den Hygienemaßnahmen gut umgehen könnten, habe man in der Phase der ersten Lockerungen festgestellt.

Um die nötigen Abstände einhalten zu können, habe man sich entschieden, ein Schichtmodell in den Werkstätten einzuführen, erklärte Beuchel. Für den September plane man, auf einem noch freien Grundstück zwei große Zelte aufzustellen. Hier wird für 60 weitere Menschen mit Behinderung, die momentan noch zu Hause sind, ein Arbeitsplatz nach den neuen Abstandsregelungen eingerichtet.

Die Lebenshilfe rechnet damit, dass alle Hygiene- und Schutzmaßnahmen mindestens bis zum ersten Quartal 2021 bestehen bleiben. Aufwand und Mehrkosten seien aufgrund der Pandemie nicht unerheblich. So beliefen sich die laufenden Kosten für jede Gruppe mehr, die eingerichtet werden müsse, auf rund 18000 Euro pro Monat. Nun hoffe man, dass der Bezirk die Finanzierung der Mehrkosten weiterhin aufrechterhalten könne. (mz)